

Haus der Bayerischen Geschichte

Exkursionsblätter
zur Geschichte und Kultur der Juden in Bayern

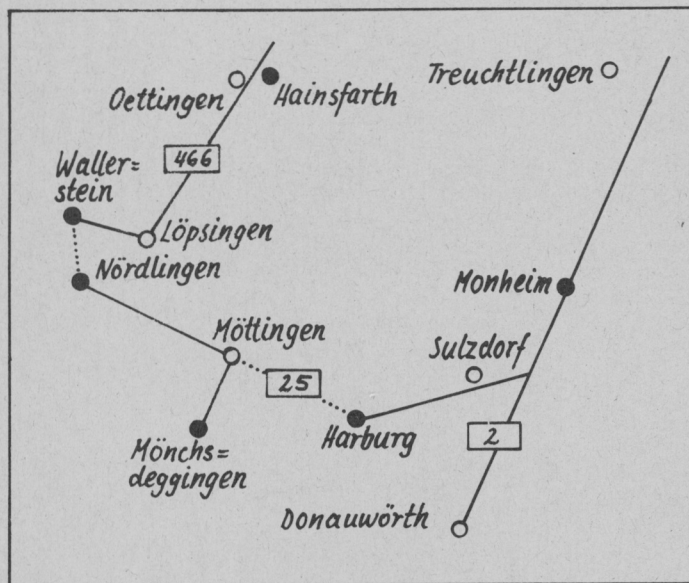


Ehem. Haus des Hoffaktors
Abraham Elias Model

Exkursion:

Zur Geschichte der Juden in Nordschwaben

Raumbeispiel: Landkreis Donau-Ries



Überblick:

Route I: Monheim - Harburg

Route II: Mönchsdeggingen - Nördlingen

Route III: Wallerstein - Hainsfarth

Ein Vorschlag für ausgewählte Exkursionsziele der Gesamtstrecke Monheim - Hainsfarth (ca. 80 km einfach) findet sich im Anhang zum Exkursionsblatt der Route III.

Route I: Monheim - Harburg

Gesamtstrecke: 20 km (einfach)

Verkehrsmittel: PKW, Reisebus

Hinweis: Jüdische Friedhöfe zwischen Freitagabend und Samstagabend (Schabbat) nicht betreten. Bei Besuch Kopfbedeckung tragen.

Geschichtliche Einführung

Die ersten schriftlichen Hinweise auf Juden in Nordschwaben beziehen sich auf mittelalterliche Verfolgungen. 1298 wütete der fränkische Ritter Rindfleisch mit seiner Bande in den Judengemeinden Nördlingen und Oettingen, eine weitere Pogromwelle erfaßte Nördlingen und Harburg während der Pestzeit 1348-1350.

Für die weitere Geschichte jüdischer Gemeinden im Bereich des heutigen Landkreises Donau-Ries ist es von Bedeutung, daß hier bis 1803 bzw. 1806 drei voneinander unabhängige Territorialgewalten bestanden:

- das Herzogtum Pfalz-Neuburg im Kurfürstentum Baiern,
- die Reichsstadt Nördlingen,
- die oettingischen Grafschaften bzw. Fürstentümer.

In Nördlingen verlief die Geschichte der Juden ähnlich wie in anderen süddeutschen Reichsstädten. Nachdem mit der Pestverfolgung die an verkehrsgünstigen Stellen gelegenen jüdischen Wohnstätten beseitigt waren, mußten neu zuwandernde Juden in ein Ghetto ziehen. An der Wende zur Neuzeit wurden ihre Nachkommen nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen aus dem reichsstädtischen Territorium vertrieben. Eine Wiederansiedlung wurde auf Jahrhunderte hinaus unterbunden. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war Juden nach Überwindung hartnäckiger Vorbehalte im Stadtrat die Einbürgerung schließlich nicht mehr verwehrt.

Pfalz-Neuburg schloß sich 1555 der in Altbayern durchgeführten rigorosen Austreibungspolitik an. Die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Monheim während des Spanischen Erbfolgekrieges (1701-1715), in den die Wittelsbacher verwickelt waren, und in der Nachkriegszeit blieb Episode.

Die Grafen von Oettingen nahmen Juden auf, die aus Pfalz-Neuburg und Nördlingen vertrieben worden waren, und ermöglichten den jüdischen Gemeinden in Hainsfarth, Oettingen, Wallerstein, Ederheim, Deggingen, Harburg und in Orten des heutigen Württemberg gegen Zahlung von Schutzgeldern eine insgesamt ungestörte Entwicklung. So konnte etwa die Hainsfarther Gemeinde bei Beginn der nationalsozialistischen Diktatur auf eine kontinuierliche fünfhundertjährige Geschichte zurückblicken.

Mit der Eingliederung nach Bayern 1806 nahmen die Juden der oettingischen Ortschaften teil am schrittweisen Abbau der seit Jahrhunderten geltenden rechtlichen Hindernisse. Als man ihnen als Gemeindebürgern die Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten erlaubte und ihnen eine freiere Betätigung in Handel und Gewerbe ermöglichte, profitierten von ihrer Wirtschaftskraft auch die Kommunen, in denen sie wohnten, und erhielten kräftigere Modernisierungsimpulse als Gemeinden ohne jüdischen Bevölkerungsanteil. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg in den Rieser "Judendörfern" der Anteil der Juden nicht selten auf 30 Prozent und mehr von der Gesamtbevölkerung. Gelegentlich läßt sich die Bedeutung dieser Entwicklung noch heute am Ortsbild ablesen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging der jüdische Anteil an der ländlichen Bevölkerung mitunter so stark zurück, daß sich ehemals blühende jüdische Gemeinden auflösen mußten. Der Abwanderungsprozeß der in der Mehrzahl im Handel und im Verkehrsgewerbe tätigen Juden in regionale und überregionale Zentren hielt nach der bürgerlichen

Gleichstellung in der Reichsverfassung von 1871 unvermindert an. Städtische israelitische Kultusgemeinden entstanden z.B. in Nördlingen und Augsburg.

In der Zeit des zunehmenden Antisemitismus nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich die Binnenwanderungs-, jedoch auch die seit dem frühen 19. Jahrhundert festzustellende Auswanderungsbewegung fort. Ab 1933 kennzeichneten Boykott, Pogromnacht, Diskriminierung, Deportation und Vernichtung die Leidensgeschichte auch der nordschwäbischen jüdischen Gemeinden. Nur wenige hundert schwäbische Juden überlebten, weil sie entweder rechtzeitig ihre Heimat verlassen hatten oder in seltenen Fällen die Vernichtungslager überstanden.

1. Monheim

Zur Ortsgeschichte

Herzog Johann Wilhelm von Pfalz-Neuburg gestattete zum 1. September 1697 gegen Zahlung von 30 Reichstalern bzw. 45 Gulden jährlichen Schutzgeldes sechs jüdischen, aus Eichstätt ausgewiesenen Familien die Ansiedlung in Monheim, dem Sitz des Pfalz-Neuburgischen Pflegers. Ihnen wurde zugestanden, Häuser und Grundstücke käuflich zu erwerben und mit Pferden, Vieh, Waren und Kleidern zu handeln. Sie brauchten im gesamten Herzogtum Neuburg keinen Leibzoll zu entrichten. Ungehinderte Ausübung der religiösen Zeremonien war ihnen zugesichert. Die Gemeinde hatte einen Rabbiner, 1715 errichtete sie eine Synagoge.

Da die Monheimer Juden unmittelbar dem herzoglichen Landrichter unterstanden, blieben Beschwerden des Monheimer Rates und der Bürgerschaft gegen sie so lange wirkungslos, wie der wittelsbachische Landesherr zu ihnen hielt. Auch der Nachfolger Johann Wilhelms, Herzog Karl III. Philipp, war ihnen anfangs gewogen und beschied Monheimer Eingaben gegen Häusererwerb der Juden hinhaltend. Der jüdische Bevölkerungsanteil in Monheim stieg kontinuierlich. Folgende Zahlen sind dazu überliefert: 1712 - 12 Haushaltungen, 1728 - 16 Familien in 10 eigenen Häusern, 1730 - 16 Familien mit 116 Personen, 1737 - 19 Familien mit mehr als 150 (!) Personen. Angesichts dieser Entwicklung und der hartnäckig von der christlichen Bevölkerung vorgebrachten Klagen setzte ab 1730 eine restriktive Politik ein, mit der Herzog Karl Philipp auf stetige Verringerung der jüdischen Bevölkerung abzielte. Weiterer Erwerb von Häusern und Gütern wurde von landesherrlicher Genehmigung abhängig gemacht. Ab 1736 wurde weniger bemittelten Juden die Aufnahme verweigert und die Heiratserlaubnis - ausschließlich für erstgeborene Söhne und Töchter - mit der Zahlung von 2000 bis 3000 Gulden an die Hofkanzlei verknüpft. Praktisch hieß dies, daß fortan nur die reichste Familie Aussicht auf längeres Bleiben hatte.

Im Jahr 1737 wurde die Monheimer Bürgerschaft mit einer weiteren Klageschrift vorstellig. In ihr war die Besorgnis formuliert, die Christen der Stadt würden durch das Anwachsen der Judenschaft "ausgerottet". Im einzelnen wurde beklagt: Die jüdischen Gläubiger würden ihre christlichen Schuldner in beleidigender Weise zur Zahlung nötigen, jüdische Dienstboten hätten die öffentlichen Brunnen durch Reinigen von Wäsche und Hausrat verschmutzt, während der Nacht und des christlichen Gottesdienstes käme es zu Ruhestörungen, das Kind eines Christen sei geschlagen worden, ohne vorherige Beschau würde Handelsvieh der gemeindlichen Viehherde beigeesellt, Waren auf dem Wochenmarkt würden den Christen mittels höheren Preisgebots weggekauft.

Anfang 1741 erließ Herzog Karl Philipp ein Dekret, in dem er festlegte, daß alle im Lande ansässigen Juden ihr unbewegliches Eigentum den offiziellen Vertretern ihres Wohnsitzes zu übergeben und das Herzogtum bis zum 31. Juli zu verlassen hätten. Monheim feierte dieses Ereignis mit Hochamt und zweitägigem Volksfest. Damals wurde auf eine Schützenscheibe geschossen, die als Spottbild einen Juden mit Fuchshaut und -haaren und darüber die Worte "Adjeu, ich räume die Stadt", auf der Rückseite aber ein Schwein zeigte.

Die Ausgewiesenen zogen nach Treuchtlingen, Heidenheim, Steinhart, Hainsfarth und Altenstadt.

Ehemaliges Haus des Abraham Elias Model

Standort: Monheim, Rathaus, Marktplatz 23

Hinweis: Voranmeldung Mo.-Fr. 8-12 Uhr, Rathausvorzimmer, Tel. 09091/1066 oder 1024

In einer Zeit, als die jüdischen Bewohner Monheims bei der Landesregierung noch wohlgelitten waren, erwarb der Hofkassator Abraham Elias Model ein konkursgegangenes Brau- und Gasthaus für 1025 Gulden. Zwischen 1714 und 1720 ließ er es als "sehr kostbares Haus" von Grund auf neu errichten. 1741 kam das Bauwerk an die Grafschaft Neuburg, war zeitweise Posthalterhaus, dann ab 1773 in wechselndem Privatbesitz. Seit 1852 nutzt die Stadt Monheim das Gebäude als Rathaus.

Der Barockbau des Monheimer Rathauses besitzt einen quadratischen Grundriß, auf dem sich drei Stockwerke mit fünfachsiger Vorder- und Seitenfront erheben. Das gekröpfte Vollwalmdach ist mit übergiebelten Mansardenfenstern versehen. Die Marktseite ist als Portalfront mit Treppenaufgang, Mitteltor, "Ochsenaug" und breit ausladendem Torgiebel gestaltet. Die meisten Räume haben Stuckdecken. Besonders reichhaltig an Ornamenten, Bildmotiven und Schriftzügen ist die restaurierte, in lichte Farben gefaßte Decke des Sitzungssaals. Der hebräische Schriftzug in Sternform unmittelbar über der Eingangstür enthält einen Lobpreis der Tora und die Bitte um Erlösung aus der Diaspora. Die Mitte der Saaldecke zeigt Isaak auf dem Opferaltar und Abraham, den ein Engel am Vollzug des Menschenopfers hindert. Nahe den Fenstern an der Marktseite findet sich in hebräischer Schrift die Bitte um göttlichen Segen für das Haus. Zur Südseite hin ist Jakobs Segen mit dem zugehörigen Torawort, zur Nordseite hin Jakob mit der Himmelsleiter und den Worten der Zusicherung göttlichen Schutzes dargestellt.

In den zwei Nebenräumen sind trotz dicker weißer Übermalung der Decken weitere Gestalten der biblischen Geschichte zu erkennen: Moses mit den Gesetzestafeln auf dem Sinai und der harfespielende, in einen Hermelinmantel gekleidete König David.

Weiterfahrt: Monheim - B 2 Richtung Donauwörth - nach 8 km rechts abbiegen Richtung Harburg - Harburg: Auf der Brücke, Donauwörther Straße, Egelseestraße

18 km

2. Harburg

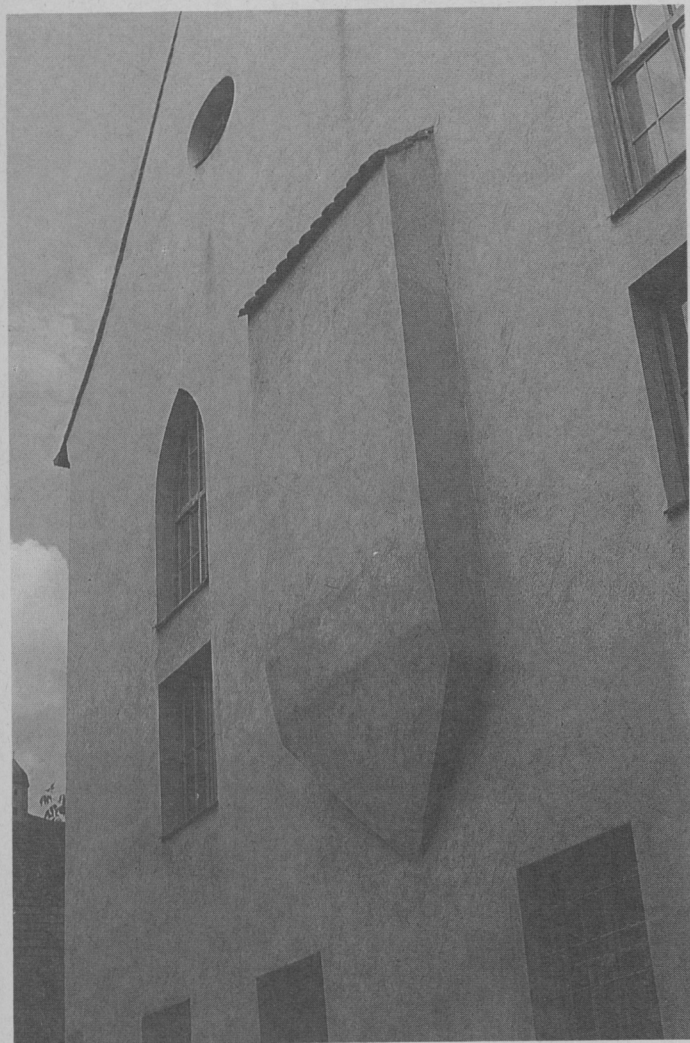
Zur Ortsgeschichte

Harburg gehörte bis 1731 zur (1674 gefürsteten) Grafschaft Oettingen-Oettingen, danach zur (1774 gefürsteten) Grafschaft Oettingen-Wallerstein. 1806 wurde der Markt flecken bayerisch. 1848 erfolgte die Erhebung zur Stadt.

Harburger Juden werden in den Quellen erstmals 1349 im Zusammenhang mit den Pogromen der Pestzeit, in den nachfolgenden Jahrhunderten nur vereinzelt erwähnt. Im Jahr 1671 erhielten fünf aus Pfalz-Neuburg ausgewiesene und aus anderen Gebieten zugewanderte jüdische Familien die Erlaubnis, sich in Harburg niederzulassen.

1811 erreichte der jüdische Bevölkerungsanteil 24,5 Prozent; 1823 zählte man 83 Familien. Zwischen 1821 und 1888 unterhielt die Gemeinde eine eigene Volksschule, ab 1840 ein eigenes Rabinat. Nach neueren Forschungen (J. Reinhard) gehörte im 18. Jahrhundert nahezu die Hälfte der jüdischen Gemeinde in die ärmere bis ärmste Bevölkerungsschicht, nur etwa 25 Prozent waren der wohlhabenderen Oberschicht zuzurechnen. Diese besaß ihre Geschäfts- und Wohnhäuser am Marktplatz und in der Egelseestraße, die Unterschicht wohnte in der Mehrheit vor den Toren des Ortes. Nahezu alle jüdischen Familienoberhäupter waren im Handel tätig, dem einzigen vom Schutzherrn erlaubten Erwerbszweig. 1814 betrieben 40 Prozent Hausierhandel, 20 Prozent Immobilienhandel, die übrigen waren Vieh-, Eisen-, Leder-,

Wein-, Porzellan- und Spezereihändler. Auch nach Öffnung der "bürgerlichen" Handwerksberufe für Juden (Edikt 1813) und nach dem Hausierhandelsverbot änderten sich die Berufsstrukturen nur langsam. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 1400 Personen betrug der Anteil der Juden im Jahre 1900 infolge massiver Abwanderung nur noch 4 Prozent und sank bis 1933 auf 0,8 Prozent (13 Personen). Am 1. April 1933 wurde das einzige am Ort verbliebene jüdische Geschäft boykottiert. Nach offizieller Darstellung war der Harburger Viehhandel zunächst weiterhin "in jüdischer Hand"; die Gestapo erklärte dies mit der "Gleichgültigkeit" der Bevölkerung in der "Rassenfrage". 1936 wurde die klein gewordene Gemeinde an Nördlingen angegliedert. Ab 25.7.1939 galt der Landkreis Donauwörth mit dem Wegzug der letzten jüdischen Bewohnerin von Harburg nach Augsburg als "judenfrei". Deportationen aus Harburg gab es folglich nicht, dennoch kamen ehemalige jüdische Bewohner der Stadt durch die nationalsozialistische Verfolgung ums Leben.



Ostgiebel der ehem. Harburger Synagoge

2.1 Ehemalige Synagoge

Standort: Egelseestraße 8

Die erste nachgewiesene "Sienegog" (1672) war kein eigenes Gebäude, sondern ein Betraum im Wohn- und Geschäftshaus des Mosche Weil am Marktplatz (heute Lebensmittelgeschäft). Als das Haus von Christen erworben wurde, befohl der Schutzherr den Bau einer Synagoge. Sie wurde 1720 am Standort Egelseestraße in Holzbauweise errichtet. Da der Bauplatz am Wörnitzufer lag, war Grundwasser für ein Ritualbad verfügbar. Ein solches Bad ist ab 1754 nachgewiesen, als die Gemeinde den heute noch erhaltenen massiven Steinbau aufführte. Von den neun im Landkreis Donau-Ries noch vorhandenen Synagogen steht die älteste in Harburg. In der Pogromnacht 1938 blieb das Haus durch das Eingreifen von Nachbarn vor größeren Zerstörungen bewahrt. Nach

Renovierung und Innenumbau befindet es sich gegenwärtig in Privatbesitz.

Drei Standorte eignen sich zum Betrachten des Synagogenäußeren. Wählt man den Aussichtspunkt "Auf der Brücke", die alte Straßenverbindung über die Wörnitz, so ist der Sakralbereich mit den Spitzbogenfenstern und dem Aron Hakodesch (Heilige Lade) im ersten Obergeschoß gut zu erkennen. Im Spitzgiebel darüber fallen die in Form eines Dreiecks verteilten "Ochsenaugen" auf. Von der Egelseestraße her läßt sich die hohe Eingangsfront mit ihren vielgestaltigen Tür- und Fensteröffnungen überblicken. Symmetrisch um die Mittelachse geordnet und in stockwerkmäßig klarer Abfolge sind hier Rechteckfenster, Korbogentore, "Ochsenaugen" und eine rundbogige große Giebelöffnung zu finden. Ein schmaler Durchlaß links vom Haus ermöglicht den Zugang zum Wörnitzufer und damit den Blick auf den Ostgiebel aus nächster Nähe.

2.2 Ehemalige jüdische Häuser

Standort: Bereich Egelseestraße, Judengasse, Marktplatz

Von der Synagoge aus sind weitere Baudenkmäler aus der Geschichte der Harburger Juden auf einem kurzen Rundgang zu erreichen. In der Egelseestraße (Nr. 15) steht das ehemalige Schul- und Armenhaus, kenntlich an dem steinernen Aufgang zur Eingangstür. Gegenüber der Synagoge befindet sich der große Hofraum und das mehrgeschossige Haus der einstmals im ganzen Ries bekannten Viehhändlerfamilie Nebel. Durch die Judengasse, die schräg links gegenüber der Synagoge hinauf zur Nördlinger Straße führt, gelangt man links zum Marktplatz. Dort steht der schönste Harburger Profanbau, das 1807 erbaute, den Platz beherrschende ehemalige Geschäftshaus des jüdischen Hoffaktors Jakob Lippmann Hechinger. Es ist im klassizistischen Stil erbaut und besitzt einen Dreiecksgiebel und ein Mansarddach.

Weiterfahrt: Harburg, Stadtmitte - Richtung Burg - Ortsebene - nach Westen auf der Anhöhe - Feldweg nach rechts zum Hühnerberg

2 km

2.3 Israelitischer Friedhof

Lage: Am Hühnerberg in der Nähe des Fernsehsenders, westlich oberhalb von Harburg

Hinweis: Schlüssel für den Friedhof erhältlich bei Frau Thum, Burgstraße 4, Tel. 09003/559

Der Friedhof wurde 1671 von den ersten Mitgliedern der Harburger Gemeinde erworben. Im 17./18. Jahrhundert benutzten ihn auch Mönchsdegginger, Alerheimer und Ederheimer Gemeinden. 1838 wurde der Friedhof um einen halben Morgen erweitert. Im 18. Jahrhundert und letztmals 1937 wurde der Friedhof stark beschädigt. 1744 und 1800 verwendeten durchziehende Soldaten die hölzernen Grabmonumente zum Feuermachen, 1937 stürzten fanatisierte Nationalsozialisten 33 Steine um. Der Friedhof besitzt noch ein Tahara-Haus und enthält Grabfelder und -steine von z.T. hohem Alter.

Literatur

Siehe Route III:

Impressum:

Herausgeber: Manfred Tremel
Text: Karl Filser, Siegfried Ziegler
Layout: Fritz Armbruster

Ausstellungs-
Vorschau:



689
Mönch aus Irland

1989 **KILIAN** **aller**
Franken
Patron

Mainfränkisches Museum Würzburg Festung Marienberg 1. Juli – 1. Oktober
Haus der Bayerischen Geschichte
Bayer. Landesamt für Denkmalpflege